

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Staatsband 3.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag. in Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 13 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate sollen die achtspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 M., Westansagen des feinsten Schriftsatzes 20 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Umrechnungszettel 20 Pf. Bei Familien- u. Veranlassungsmotiven fällt der Zuschlag fort. Insetts für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 13 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands



# Riesentampf in der Berliner Metallindustrie.

## Die Verhandlungen unterbrochen.

Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsministeriums sind unterbrochen. Die Metallindustriellen im Verein mit dem Arbeitsministerium versuchen, die bestehenden Verdienste der Arbeiter durch Einreihung in niedrigere Lohnklassen teilweise bis zu 50 Prozent herabzudrücken. Die erweiterte Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes sowie die Arbeiterräte der Metallindustrie treten heute abend zusammen und werden zur veränderten Situation Stellung nehmen.

### Parteitag

### der französischen Sozialdemokratie.

Versailles, 10. September.

Morgen beginnt in Paris ein außerordentlicher nationaler Kongress der Sozialistischen Partei. Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft die Stellungnahme zu den Wahlen, der zweite behandelt die Municipalwahlen, der dritte die Frage der Kontrolle, über die innerhalb der Partei bereits seit Wochen diskutiert wird, nämlich die Stellungnahme zu den 40 Abgeordneten, die die letzten Kriegskredite bewilligt haben. Für die Verhandlungen sind drei Tage vorgesehen.

Die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie hat an den Parteitag der französischen Sozialdemokratie folgendes Begrüßungstelegramm gerichtet:

Die Reichskonferenz der U. S. D. wünscht in dem Gefühl revolutionärer Sympathie mit dem französischen Proletariat den Beratungen des Parteitages besten Erfolg und erhofft von ihnen die Steigerung des proletarischen Kampfes in Frankreich im Einklang mit dem revolutionären Kampfe des internationalen Proletariats zur völligen Durchführung des Sozialismus in der ganzen Welt.

## Unterzeichnung des österreichischen Friedensvertrages.

Versailles, 10. September.

Vormittags 10 Uhr fand im Schlosse zu Saint Germain die Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Friedensvertrages statt.

St. Germain, 10. September.

Staatskanzler Dr. Renner unterzeichnete den Friedensvertrag um 10 Uhr 15 Min. vormittags. Die Rumänische und Südslawische Delegation war bei der Zeremonie der Unterzeichnung nicht anwesend. Die Unterzeichnung war um 11 Uhr 10 Min. beendet. Die rumänischen und südslawischen Bevollmächtigten erwarren Instruktionen ihrer Regierungen. Der Oberste Rat ließ ihnen bis Sonnabend Zeit, ihre Ansichten mitzuteilen.

## Blaue Bohnen gegen Hunger.

Ueber einen unerhörten Vorfall berichtet das Wolffsche Telegraphen-Bureau aus Ologau:

Wie in Breslau und Schneidm., suchte auch hier eine Menschenmenge eine Senkung der Preise auf dem Wochenmarkt zu erzwingen. Die Absicht gelang ohne Nahrungsmittel, veranlaßte aber eine erregte Stimmung unter der Bevölkerung, die den ganzen Tag anhält und zu starken Ansammlungen in der Langenstraße führte, als dort in einem Geschäft ein Ausschuss einen Vergleich zwischen den Kaufs- und Verkaufspreisen ausländischer Waren durchführte. Die Ansammlungen wurden später immer größer, blieben zwar zurückhaltend, konnten aber zum Auseinandergehen nicht bewegen werden. In der neunten Abendstunde wurde Militär herbeigeholt, das in der Langenstraße, als die Menge den Soldaten die Gewehre entziehen wollte, das Feuer eröffnete. Fünf Personen wurden getötet. Sämtliche Straßenkreuzungen sind mit Maschinengewehren

abgesperrt. Die Nacht verlief ruhig. Die Erregung ist groß.

Zu den Unruhen meldet eine weitere Nachricht:

Bis jetzt sind 10 Tote und 11 Verletzte als Opfer zu beklagen. Die Verhängung des Belagerungszustandes ist vorläufig nicht erfolgt. Die Arbeiterschaft hat beschlossen, von dem beantragten Sympathiestreik abzusehen.

Obwohl die Menge also, wie die offiziöse Meldung ausdrücklich erklärt, sehr zurückhaltend blieb und nicht die geringsten Gewalttätigkeiten verübte, schossen die Truppen nichtsfürsorgender ohne weiteres scharf in die Menschen hinein. Das sind die Folgen des heute herrschenden Kurzes, daß in so unerhörter Weise mit Menschenleben schändlicher getrieben wird, daß Arbeiter, die in ruhigster Weise gegen die schamlosen Wucherpreise Stellung nehmen, dafür kurzerhand erschossen werden.

## Roske verbietet die Spielflubs.

Roske läßt mitteilen:

Auf Grund des § 9 des Belagerungszustandgesetzes vom 4. 8. 1918 wird folgendes verordnet: Das öffentliche Glücksspiel, sowie das Glücksspiel in Reetinnen, insbesondere in Kubs, ist verboten. Dem sind gleichgemacht ist jede Vereinigung von Personen, bei der Eintrittsgelder, Mitgliedsbeiträge, Spiel- oder Kartengelder, wenn auch in verschleierte Form, aus Garderobegeld, Aufschlag zu Speisen und Getränken oder für Schenkung erhoben werden. Zuwiderhandlungen werden an Vorankmalern, Feinschmern und Inhabern der zum Glücksspiel benutzten Räume bestraft. Neben der angedrohten Gefängnisstrafe können diese Räume polizeilich geschlossen werden. — Die Verordnung tritt mit dem 14. September in Kraft. Die Verordnung vom 19. Mai wird mit dem 14. September aufgehoben.

Roske verbietet das Glücksspiel! Ei, ei! Wir sehen deshalb mit Spannung auf die nächsten Tage, die dem besten Berlins ein bisher noch nicht gekanntes Aufgeböten von Roskegardisten zeigen werden, von denen mit aller ihnen innewohnenden Energie die Schließung der Spielflubs usw. durchgeführt wird. Doch bei der Nichtbefolgung der Anordnungen Roskes auch scharf geschehen werden wird, bedarf wohl keiner besonderen Betonung. Wahrscheinlich aber wird es hier bei der Jagd auf die Kriegsgewinnler doch einige Tote weniger geben als bei dem Kampf gegen hungernde Arbeiter in Ologau.

## Steuerbeschwerden der Arbeiter.

Während der Tagung der Reichskonferenz der U. S. D. erschien eine Kommission der Arbeiterschaft der A. G. O. und wurde beim Parteivorstand vorstellig, damit dieser Schritte gegen die rigorose Eintreibung der Steuern unternähme. Arbeiter, die erst im November aus dem Heere entlassen worden seien, würden in der rückwärtslosten Weise zur Steuerzahlung herangezogen; auch befänden die Behörden darauf, daß die Steuern sofort für zwei Quartale entrichtet würden. Der Parteivorstand sicherte der Kommission zu, gemeinsam mit den Fraktionen der Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung sofort die Mittel zu erwägen, die gegen dieses rigorose Verfahren angewandt werden könnten. Insbesondere müsse eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, eine stärkere Progression der Steuern für die höheren Einkommen und eine Hinaussetzung des pfändungsfähigen Einkommens verlangt werden.

## Freiheitsberaubung zweier Offiziere.

Seit dem 5. Juni befinden sich zwei Offiziere des ehemaligen Freikorps Meißel unter dem Verdacht „spartakistischer Gesinnung“ im Gerichtsgefängnis Paserwall in Untersuchungshaft. Wir haben bereits am 2. September gemeldet, daß das Kriegsministerium auf den Hungerstreik der Gefangenen eine beschleunigte Untersuchung zugesagt hatte. Trotdem sind die beiden Offiziere bis zum heutigen Tag noch nicht verhört worden.

Unsere Vermutung, daß eine Untersuchung die Goltzlosigkeit der Freiheitsberaubung ergeben würde und daß die Militärbehörde die Offiziere tatsächlich einzig und allein wegen ihrer Gesinnung in verhöfelter Schutzhaft hält, wird durch diesen Wortbruch des Ministeriums nur bestätigt.

## Die Reichskonferenz.

Die Beratungen der Vertrauensmänner der Partei sind nach zweitägiger Dauer beendet worden, und wir können mit Genugtuung konstatieren, daß auf der Tagung nützliche Arbeit geleistet worden ist.

Die Konferenz war ursprünglich einberufen worden, um den organisatorischen Aufbau der Partei zu befestigen und die zahlreichen Probleme zu besprechen, die in einer so groß gewordenen Organisation zu erledigen sind. Als bei Beendigung des Krieges und beim Ausbruch der Revolution die Unabhängige Sozialdemokratie sich plötzlich vor die gewaltigsten Aufgaben gestellt sah, verfügte sie überhaupt noch nicht über einen nennenswerten Parteiapparat. Der Belagerungszustand während des Krieges hatte ja jede öffentliche Agitation und jede legale Organisationsstätigkeit unmöglich gemacht, unsere Presse war durch die Zensur vollständig geknebelt, zum Teil von den Rechtssozialisten geraubt. Das ist nun seit dem 9. November gründlich anders geworden; die politische Organisation zählt dreiviertel Millionen Mitglieder, die Partei verfügt über eine bedeutende Presse und — was das wichtigste ist — Presse sowohl als Organisation befinden sich in erfreulicher Aufwärtsentwicklung. Dazu kommt der steigende Einfluß, den die Anschauungen des revolutionären Proletariats auch in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gefunden haben, und die innige Verbindung mit der Räteorganisation. Das alles bedeutet, daß die Partei weit über den Kreis der politisch organisierten Parteigenossen hinaus immer größeren Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung gewinnt und mit Zuversicht darauf rechnen darf, diesen Einfluß zu behaupten und zu steigern.

Zu den organisatorischen Fragen waren in der letzten Zeit eine Reihe wichtiger politischer Fragen getreten, über die eine orientierende Aussprache erwünscht war, die zugleich die Grundlage für die Diskussion abgeben kann, die den Entscheidungen auf dem Parteitag vorangehen muß.

Verschiedene Äußerungen der allerletzten Zeit mußten die Meinung hervorrufen, daß in einzelnen Parteikreisen eine antiparlamentarische Strömung sich durchzusetzen veruche. In der Tat mag auch bei einzelnen Genossen in Ueberschätzung der neuen Organisationsform, die das Proletariat im Räteystem gefunden hat, der Gedanke Raum gewonnen haben, daß diese Organisation die anderen proletarischen Kampforganisationen, die politische Partei und die Gewerkschaften irgendwo ersetzen oder überflüssig machen könnte, daß es daher unnötiger Kraftaufwand sei, an den Wahlen teilzunehmen und sich in den Parlamenten zu betätigen. Aber auf der Reichskonferenz selbst fand der Standpunkt des prinzipiellen Antiparlamentarismus überhaupt kaum mehr eine Vertretung. Genosse Meyer warf bloß die taktische Frage an, ob in einer vorrevolutionären Periode, in der wir uns nach seiner Meinung gegenwärtig befinden, die parlamentarische Betätigung nicht eine Ueberschätzung sei und geeignet, die Aufmerksamkeit der Massen von dem kommenden Entscheidungskampf abzulenken. Dagegen wurde mit Recht geltend gemacht, daß die revolutionäre Entwicklung sich nicht so eindeutig und unkompliziert vollziehe, als daß man bestimmte Termine für einen Entscheidungskampf im voraus bestimmen und alles auf eine Karte setzen könnte. Im Gegenteil, es gälte heute wie je, von allen Kampfmitteln zur Erringung des Sozialismus Gebrauch zu machen. Allerdings sei es selbstverständlich, daß unsere Vertreter in den Parlamenten und unsere Propagandisten bei den Wahlen sich stets bemüht sein müßten, daß auch diese Betätigung im Dienste unserer revolutionären Sache steht. Von parlamentarischen Illusionen, von der Meinung, daß der Kampf des Proletariats in den Parlamenten zum entscheidenden Ausgang kommen werde, könne allerdings nicht die Rede sein. Wie alle anderen Kampfmittel, behalten aber der Parlamentarismus und die Wahlagitiation ihre Bedeutung als Hilfsmittel für die Propaganda, die Aufklärung und damit für die Erringung des Sozialismus.

Obwohl eine Abstimmung nicht stattfand, kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß diese Auffassung wohl von der weitaus überwiegenden Mehrheit der Partei geteilt wird. Die Hoffnungen der Gegner, und namentlich die der Rechtssozialisten, der Abrechnung bei den nächsten Wahlen zu entgehen, hat keine Aussicht auf Verwirklichung.



Eine womöglich noch größere Uebereinstimmung ergab sich in der Stellung der Partei zu den Gewerkschaften. Die Partei verweist jede Abspaltung und jede Spaltung der Gewerkschaften, und ist der Ueberzeugung, daß ihre Anhänger die Aufgabe haben, innerhalb der Gewerkschaften und im Interesse der Gewerkschaftsbewegung ihre Anschauung zur Geltung zu bringen. Nicht Schwächung oder gar Zerstückelung der Gewerkschaften, sondern ihre Erfüllung mit revolutionärem sozialistischem Geist ist die Aufgabe unserer Genossen, damit die Gewerkschaften die wichtigen und bedeutungsvollen Funktionen, die ihnen gerade auch in einer revolutionären Periode gestellt sind, erfüllen können. Es waren gerade führende Genossen der Arbeiterbewegung, die der falschen Auffassung entgegenzutreten, daß etwa die Gewerkschaften durch die Arbeiterorganisation oder gar durch syndikalistische Organisationen ersetzt werden können.

Schließlich beschäftigte sich die Reichskonferenz mit dem Problem der Internationale. Es ist bedauerlich, daß die Schließung der Konferenz es nicht gestattete, eine Diskussion über diese Frage zu führen. Es kamen nur die beiden Referenten zum Wort. Genosse Giffert, der zunächst einen Bericht über die Luzerner Konferenz erstattete, legte dabei den Hauptnachdruck darauf, daß wir uns nicht von der Arbeiterbewegung des Westens, wo im Kampf mit dem entwickelten Kapitalismus sich das Schicksal des Sozialismus entscheiden werde, leicht hin hofieren dürfen, und er erwartete von der sozialrevolutionären Entwicklung jene Umgestaltung der nationalen Parteien, die die Errichtung einer Internationale ermöglichen werde, die von wahrhaft sozialistischem Geist erfüllt sein würde.

Demgegenüber vertrat Genosse Stoeker die Auffassung, daß die Trennung von den sozialreformistischen Parteien, die in der zweiten Internationale die Führung gehabt hätten, vollzogen werden müsse und daß, nachdem einmal die dritte Internationale begründet sei, sich der Anschluß an diese empfehle, da der Eintritt anderer Parteien, wie z. B. der norwegischen und schweizerischen, sie auch ihres rein bolschewistischen Charakters entleere.

Die Parteiteilung hat schon vor dem Zutritt der Konferenz Versuche gemacht, um mit den Parteien, die wie wir auf dem Boden der Anschauungen von Zimmerwald und Kienthal stehen, in Verbindung zu treten. Auf Grund dieser neuen Informationen, auf Grund einer ausgiebigen Erörterung dieser wichtigen und schwierigen Frage wird dann der Parteitag, der für den Anfang November in Aussicht genommen ist, seine Entscheidung fällen.

So sind es ernste und bedeutungsvolle Probleme gewesen, die die Reichskonferenz erörtert hat. Es war von jeder Gewohnheit der Gegner, solche Diskussionen als beginnende Perikulisysteme zu deuten. Wir dagegen wußten, daß die offene und rücksichtslose Aussprache eine Quelle unserer Kraft und ein Mittel unserer Propaganda ist. Die Methode unserer Gegner ist alt, neu ist nur, daß die opportunistischen Rechtssozialisten jetzt auch dazu kommen, sich ihrer zu bedienen. In Wirklichkeit haben die Beratungen der Reichskonferenz zur Klärung der Ansichten und zur Festigung des Zusammenhalts der Partei in erheblichem Maße beigetragen, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie im echt kameradschaftlichen Geiste geführt worden sind, in der Gewißheit, die alle Teilnehmer der Konferenz erfüllte, daß sie alle das Beste der Partei und den siegreichen Fortgang der Revolution erstreben.

A. P. D. und Parlamentarismus.

Eine am 9. September abgehaltene Versammlung der Funktionäre des Parteibezirks Groß-Berlin der Kommunistischen Partei, in der ein Vertreter der Reichszentrale den bekannten parlamentsfreundlichen Standpunkt der Zentrale vertreten hatte, sah, wie uns mitgeteilt wird, mit überwältigender Mehrheit folgende Entschliessung:

In einer Situation, die die revolutionäre Entwicklung wieder beschleunigen und unterbrechen erscheinen läßt, die durch Ausbau der Betriebsorganisation vielmehr die Festigkeit des ökonomischen Fundaments der bürgerlichen Gesellschaft erschüttert und ihren Sturz durch Sabotage der Produktion beschleunigt, gleichzeitig aber durch Ausbau eines Wirtschaftssystems die Uebernahme der wirtschaftlichen Macht durch das Proletariat vorbereitet, lehnt die Funktionärversammlung Groß-Berlins die Beteiligung an parlamentarischer Arbeit als ungeeignetes Mittel zur Fortführung des proletarischen Befreiungskampfes ab.

Die Funktionärversammlung hält denselben das der Entschliessung der Nationalversammlung unterliegende Betriebsrätegesetz für ungeeignet zur Fortführung des revolutionären Kampfes und lehnt eine Beteiligung an den Wahlen ab. Sie verweist mit Nachdruck auf die Notwendigkeit des Ausbaus der Betriebsorganisation und verweist andächtig den Gewerkschaftsgebanken.

Der Sinn dieser Resolution, soweit er überhaupt erkennbar ist, ist der, daß die A. P. D. in Berlin die Absichten zu ihrem leitenden Prinzip erhebt. Sie lehnt den Parlamentarismus ab, sie boykottiert die bevorstehenden Wahlen zu den Betriebsräten, sie verweist andächtig den Gewerkschaftsgebanken. Die auffassende politische und wirtschaftliche Erkenntnis bei der Zentrale der A. P. D. findet bei der großen Mehrheit der kommunistischen Funktionäre Groß-Berlins keinen Anklang. Diese Mehrheit bekennt sich noch wie vor an revolutionäre Hingeden Kraftworten und verleiht sich vor den unbewussten Tatsachen, die sie stolz „verwirrt“, in das Reich der wirtschaftsfeindlichen Phantasie. Daß eine derartige Haltung der Revolution gegenüber sein könnte, werden die Berliner Arbeiter nie verstehen.

Von 800 auf 92 Millionen.

Die Kosten der A- und E-Mäte.

Im Dezember vorigen Jahres hat eine offizielle Nachrichtstelle die Behauptung verbreitet, daß die Arbeiter- und Soldaten die binnen wenigen Wochen 800 Millionen Mark ausgegeben hätten. Die reaktionäre Presse hatte diese Behauptung aufgegriffen und davon eine wilde Hysterie gegen die Tätigkeit der Mäte gefächelt. Jetzt hat der Reichsfinanzminister Erzberger der Nationalversammlung eine Denkschrift über das Finanzgebaren der Arbeiter- und Soldatenräte bis 31. März 1919 vorgelegt, in der behauptet wird, daß die Mäte bis dahin 92 Millionen Mark verbräucht hätten. Es ist also immerhin schon ein Fortschritt zu verzeichnen. Aber auch den neuen Zahlen muß man mit dem größten Mißtrauen gegenüberstehen. Diese Zahlen

sind ermittelt worden ohne Mitwirkung der betreffenden Kommissaren, der A- u. E-Mäte, und außerdem sind die Ausgaben so unübersichtlich als nur denkbar gruppiert. Darum trägt auch die neueste Feststellung den Stempel der Tendenz auf der Stirn.

Auf diese Einzelheiten der Denkschrift werden wir noch zurückkommen. Selbst aber, wenn die Zahlen von 92 Millionen Mark stimmen würden, wenn alles richtig wäre, was die Denkschrift über die Ausgaben der A- u. E-Mäte mitteilt, so würde das doch alles nichts bedeuten gegen die wüste Vergeudung von Gütern und Menschenleben während des Krieges. Hunderte Milliarden, Millionen von Toten und Krüppeln hat uns der Krieg gelöst. Demgegenüber nehmen sich die 92 Millionen Mark der A- u. E-Mäte wie eine harmlose Kleinigkeit aus. Dabei ist noch ganz unberücksichtigt geblieben, daß durch die Tätigkeit der A- u. E-Mäte milliardenschwere Werte dem Reiche beim Rückzug der Truppen und in der Verwaltung gerettet worden sind.

In diesem Zusammenhang muß aber noch erwähnt werden, daß die Kosteinheiten nicht nur Millionen, sondern Milliarden kosteten; daß für die Versorgung der verabschiedeten Offiziere ein Vielfaches von dem aufgewendet wird, was die A- u. E-Mäte, immerhin doch für produktive Zwecke, ausgegeben haben. Wenn also die Reaktionskräfte aller Schattierungen die Denkschrift zum Anlaß nehmen, um über Geldverschwendung zu gettern, so ist ihnen zu erwidern, daß sie zunächst einmal vor der eigenen Tür stehen sollten.

Bogherr nicht bestätigt.

Der preussische Ministerpräsident Paul Hirsch und der preussische Minister des Innern Wolfgang Saine haben das tiefgefühlte Bedürfnis, der Öffentlichkeit zu beweisen, daß sie mit ihren früheren Anschauungen nichts mehr gemein haben. Unsere wiederholten Veröffentlichungen über die Verzögerung der Bestätigung des Genossen Bogherr zum Ersten Bürgermeister von Reiz und des Genossen Vogtherr zum Landrat von Schmalzkalden haben das Ergebnis gehabt, daß jetzt endlich, nach monatelanger Verzögerung, die Regierung mitteilt, daß Boghers Wahl bestätigt worden ist, daß aber Vogtherr „aus persönlichen Gründen, die ihn ungeeignet machen“, nicht bestätigt werden könne.

Wir wollen in diesem Zusammenhang die Frage der Bestätigungsrechte der Regierung außer acht lassen. Darüber haben wir in unserem Artikel „Hirsch und Saine“ bereits schon das Nötige gesagt, und Weiteres dürfte in der preussischen Landesversammlung gesagt werden, wenn die „Kleine Anfrage“ des Genossen Rosenfeld über die Verzögerung der Bestätigung der Wahl des Genossen Bogherr bzw. der Nichtbestätigung des Genossen Vogtherr zur Verhandlung kommt.

Feststellen aber wollen wir, daß die von der Regierung vorgebrachten Gründe für die Nichtbestätigung des Genossen Bogherr in keiner Weise abweichend von den Worten sind, die die alten Machthaber vordrachten, wenn sie die Bestätigung der Wahl eines Sozialdemokraten verweigerten. Auch unsere heute regierenden Rechtssozialisten sind so feige Wesen, daß sie es nicht wagen, ihre wahren Gründe für die Nichtbestätigung zu nennen, sondern sie suchen sich hinter „persönlichen Gründen“ zu verbergen. Sie tun das einem Manne gegenüber, der jetzt mehreren Jahrzehnten an vorderster Stelle im öffentlichen Leben steht und mit dem dieselben Leute, die heute seine Bestätigung verweigern, jahrzehntlang in derselben Partei Schulter an Schulter gekämpft haben. Wenn irgendeine Handlung den Beweis liefert, daß nicht Schwäche gegenüber dem konservativen Verwaltungsapparat die Entschlüsse rechtssozialistischer Minister leitet, sondern politische Charakterlosigkeit, daß und Verblendung gegenüber einer anderen politischen Anschauung, so ist es diese Verweigerung der Bestätigung des Genossen Bogherr.

Mit einiger Spannung wird man den Kroatenzustellungen des „Vorwärts“ und der rechtssozialistischen Presse entgegensehen dürfen. Werden sie schweigen? Werden sie den Mut zur Verteidigung dieser Handlungsweise finden? Aber warum denn nicht? Warum sollen sie heute noch die Abschaffung des Bestätigungsrechts verlangen, wo die Regierung selbst die Analyse der Ihrer Partei zu Oberpräsidenten und Staatskommissaren ernannt.

Gummknüppel für Volksaufklärung.

Die Vagrombeide wird fortgesetzt. Bezeichnenderweise hat man aber dafür die vielbesprochene Bezeichnung „Volksaufklärung“ gewählt. Beteiligt sind daran der „Auslöser für Volksaufklärung“, Berlin, Köpenicker Str. 45, der „Volksbund“, Berlin, Potsdamer Str. 1, der „Großdeutsche Volksbund“, der „Deutscher Volksbund“, Hamburg, der „Deutsche Schutz- und Trutzbund“, Hamburg, die „Deutsche Erneuerungsgemeinschaft“, Leipzig, die „Deutsche Vereinigung für Wahrheit, Volksaufklärung und Volksgesundheit“, Leipzig, der „Völkerverein“, Leipzig u. a. Bei einer Hausdurchsicht in den Bureauverhältnissen wurden neben 127 000 heftigen Flugblättern auch mehrere Histen mit Gummknüppeln gefunden. Der Vorsitzende der beiden erfindenen Berliner Vereinigungen hat diese Knüppel nicht nur persönlich seinen Gesinnungsgenossen angeboten, sondern sie auch unter Vorzeigung eines Rufers in einer Versammlung mündlich empfohlen. Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ sind die Knüppel dieser eigentümlichen Volksaufklärung „Gerren von wahrhaft teuflischem Ursprung. Sie früher mit dem Volk nicht viel zu tun haben wollten“. Auch die Mittel für diese Aufklärung mit Gummknüppeln stammen aus einem großen Teil aus teuflischen Kreisen oberweltlicher Mittergutsbesitzer. Aber auch die Großindustriellen des westlichen Deutschlands sind daran beteiligt. „Interessant ist“, so schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, „in dieser Beziehung die Mitteilung des Direktors eines großen deutschen Hahnel, wonach der gesamte Großindustrie ein Mundschreiben gegangen ist, in dem die Juden als die Schuldigen am Unglück des Vaterlandes bezeichnet werden. Deshalb werde zum Kampf gegen das Judentum aufgerufen; jeder Industrielle sollte der Höhe seines Einkommens entsprechend herangezogen werden. Der betreffende Großindustrielle wurde selber mit 900 Mark beauftragt“, er hat energisch protestiert, weil aber bestimmt, daß dem Rufus von der Masse der Großindustriellen Folge gegeben worden ist.

Wie unter dem alten Regime der Volksunterdrückung finden wir hier Großgrundbesitzer und Schwerindustrie in hoher Gemeinschaft vorant zum Anmarsch der Judenverfolgung. Durch eifrige Propaganda in den Kreisen der Reichswehr sucht man auch diese als treue Verbündeten zu gewinnen. Aber die Judenverfolgung ist nicht der Endzweck des ganzen Unternehmens, sondern mehr Mittel dazwischen auszuwählen, um in dem heißen Branden der Judenverfolgung die Klassenfeindschaft in aller Unbefindlichkeit wieder aufzurichten.

Die kommunistische Partei Ungarns sendet aus Budapest folgenden Aufruf an die Arbeiter der Entente-Länder: An die Arbeiterschaft Italiens, Frankreichs und Englands! Genossen! Die in Ungarn operierenden Truppen der internationalen Gegenrevolution haben über die ungarische Arbeiterschaft einen großen Sieg errungen. Unter dem Schutze der Entente-Missionen, mit Hilfe der ungarischen Bourgeoisie, besetzten die Rumänen die Hauptstadt Budapest und die bedeutendsten Städte der Provinz.

Und damit begann die Schreckensherrschaft der Bourgeoisie. Staatliche zugunsten einer Rückkehr der Habsburger, Vandalen und Morden rumänischer Soldaten, der Raub der letzten im Lande noch auffindbaren Lebensmittelvorräte, Transportverlegenheiten und Maschinen-einrichtungen; Dies alles als Prolog des weißen Terrors.

Die Proletariate des Obersten Rates hat sich als eine unverwundliche Feste erwiesen. Unter dem Schutze der Entente-Missionen wird die heftigste monarchistische Agitation auch weiter betrieben.

Der weiße Terror der Bourgeoisie scheidet Organe und übertrifft an Grausamkeit alles, was bisher über einen ungarischen oder russischen roten Terror in die Welt geloggen wurde.

Die geisteslosen Funktionäre der Altkonstitution, die Soldaten der roten Armee, die Fabrikarbeiter werden zu Tausenden eingekerkert, zu Tode gemartert und zur Zwangsarbeit nach Rumänien verschleppt. Die Generalstabschefs der Bourgeoisie, die monarchistischen Offiziere ermorden in Budapest und in der Provinz Tag für Tag ohne Verhör und Urteil Hunderte von unschuldigen Arbeitern.

Die Schrecken Finnlands und Bayerns erneuern sich. Nach einer oberflächlichen Schätzung wurden bisher 6000 Arbeiter in Ungarn ermordet — ganz gleich, ob sie Kommunisten oder Sozialdemokraten gewesen waren. Weiße Offiziere machen sogar die fortschrittlich denkenden Bürger, wenn sie sich gegen die Monarchie äußern. Kein einziges Blatt darf erscheinen. Es werden lebendig Kerle und monarchistische Demonstrationen gebildet!

Genossen! Sämtliche intelligenten Arbeiter der Fabriken, die bewährten Elemente der Bewegung, die jüngeren, revolutionär gesinnten sowie die älteren, sozialistische Kultur seit Jahrzehnten verbreitenden Arbeiter werden ohne Erbarmen ausgegrötzt.

Das Proletariat Ungarns, welches nach einem fünfjährigen Kriege und unter unsäglichen Leiden die monarchische Herrschaft beseitigte und im März d. J. sich auch von der Bourgeoisie befreite, steht jetzt allein und verlassen in Mitte der großen Arbeitergemeinschaft der Welt, schuldlos abgegrötzt den nationalen und internationalen Feinden.

In dieser tragischen Stunde wenden wir und feierlich an die italienische, französische und englische Industriearbeiterschaft. Wir befragen euch:

Wie lange dauert noch eure herzlose Gleichgültigkeit gegenüber dem heroischen fürchterlichen Kampfe der ungarischen Arbeiter? Nicht nur für sie, für die Befreiung des Proletariats der ganzen Welt bluten die Arbeiter Ungarns. Wie lange duldet ihr noch die verbrecherische Tätigkeit eurer Regierungen für die Aufrichtung der schwarzen Reaktion in Europa, die im Begriffe ist, neue Fesseln zu schmieden für sämtliche Arbeiter der Welt?

Sollten die für die „Freiheit der Völker“ kämpfenden Millionen Italiener und Franzosen darum gestorben sein, damit die Bourgeoisie die Arbeiterschaft einer noch größeren Unterdrückung und vollkommenen Sklaverei unterwerfe?

Genossen! Die Sache der Revolution der Welt!

Italienische, französische, englische Arbeiter und Soldaten! Wenn ihr nicht Terrorist an euren Klassenfeinden sein wollt, wenn ihr keine gemeinsame Sache mit euren feindschaftlichen Regierungen machen wollt:

Auf zur Tat! Die Partei der ungarischen Kommunisten.

Dem ungarischen Proletariat, das in unerhörter Weise unter dem Weißen Terror zu leiden hat, hat die Reichskonferenz die Sympathie des deutschen Proletariats ausgesprochen.

Die Erschießung der Münchener Geiseln vor Gericht.

In der Mitternacht wird die Frau des erschossenen Volksgardisten Linnebruggen als Zeugin vernommen. Der Vorsitzende zeigt ihr die Uhr, die bei dem Angeklagten Josefmann gefunden worden ist. Sie erklärt dazu: „Es ist schon die Uhr von meinem Mann.“ Nur wegen des Rifferblattes hat sie einige Sekunden, aber es, daß die Uhr einmal herumgefallen sei, worauf der Vorsitzende die Vernehmung als noch erkennbar feststellt. — Auf Vorhalten des Verteidigers R. A. Dahn erklärt die Zeugin, daß die Uhr ihres Mannes nur ein einziges Mal bei einem Uhrmacher zur Reparatur war. Dagegen stellt der Verteidiger an einigen Geheimzeichen im Innern fest, daß die vorliegende Uhr bereits einmal zur Reparatur war.

Es folgt darauf die Vernehmung der Witwe des durch Selbstmord genderten zweiten Kommandanten der Aufholbattalions Hauptmann. Frau Hauptmann erklärt zunächst, ihr Mann habe sich am Abend des 30. April, also am Abend der Geiselerlöschung, unmittelbar vor seiner Heimkehr erschossen. Vorher habe er keine völlige Aufklärung an der Ermordung der Geiseln beteuert. Frau Hauptmann erzählt weiter einen Beeinflussungsversuch eines Kommunisten zugunsten des Hauptangeklagten Seidl. An einem Sonntagmorgen sei ein kleiner Mann, der stark hinkte und an einem Stock hing, zu ihr gekommen und habe ihr gesagt, er sei ein Bekannter ihres Mannes gewesen und ein Freund Seidls. Er selbst werde im Prozeß nicht auftreten, aber sie werde doch eine der Hauptzeuginnen sein. An ihr liegt es, wenn Seidl ein weiches Entlassung werde. Sie, die Zeugin, habe dem Mann geantwortet, daß sie bereits in der Voruntersuchung eidlich vernommen sei. Er habe erwidert, das tue nichts; eine eidliche Aussage könne man schon etwas umändern. Einem Toten tue es nichts nicht mehr weh, wenn etwas Schlimmes über ihn gesagt wird. Die Zeugin habe das für eine unethische Zumutung gehalten und das dem Mann auch gesagt, worauf er sich schamlos entfernt habe. R. A. Böhmert, der Verteidiger Seidls, läßt sich von der Zeugin bestätigen, daß es bei einer Unterredung mit ihr Seidls Beeinflussungsversuch unternommen habe. Auch Seidl erwidert von der Zeugin ein Beeinflussungsversuch nach dieser Richtung.

Es wird Johann der Zeuge Wabelsbe rger in den Saal geführt; ein kleiner Mann, der sehr hart hinkt und der unvermeidlich vernommen wird. Er gibt eine sehr widersprüchliche Auskunft. Er gibt an, er kenne Seidl durch geschäftliche Beziehungen, muß aber zugeben, daß er ihn auch von der A. P. D. her kenne. Früher hat er, wie der Vorsitzende aus den Akten feststellt, angegeben, er kenne Seidl überhaupt nicht. Seidl selbst habe behauptet, Wabelsbe rger habe ihn wiederholt im Gymnasium besucht, was der Zeuge bestritt. Er gibt aber schließlich zu, er sei am Wochtag



...auf dem Gymnasium durchgekommen. Da sei gerade ein ...

Nach der Vernehmung dieses Zeugen erklärt der Staats- ...

Der Reichswegfeldat R o e g e r, der kurz vor der Erschießung ...

Die Erfassung der Wähler zur Arbeiterratswahl.

Vorbereit der Zentralwahlkommission.

Was wird geschrieben:

Der Volksguard des Groß-Berliner Arbeiterrats hatte in der ...

Die außerhalb der Volksguard stehende Zentralwahlkommission ...

Wegward haben sich 1 842 926, darunter 231 066 Arbeitslose.

- 1. Landwirtschaft, Viehzucht, Gärtnerz., Forstwirtschaft, Fischerei ...

Demnach ist die werktätige Bevölkerung zu neun Zehntel ...

Die Zentralwahlkommission wird das erhaltene Material weiter ...

Die Zentralwahlkommission. 023. Bed. 021.

Vor der Besetzung Oberschlesiens.

Nach einer Neutermeldung soll der Vorsitzende der ...

Zwischen hat die deutsche Regierung der Entsch. eine ...

nischen Streitkräfte für eine starke Abderrung der Grenze ...

Groß-Berlin.

Das neue Groß-Berlin.

Der Gesehtentwurf Groß-Berlin ist im Ministerium des ...

Sitzung der U. S. P.-Arbeiterräte.

Heute mittags 1 Uhr findet in den Sophienhallen vor der ...

Achtung! Arbeiterräte der U. S. P. D.!

Am Freitag, den 12. September, nachmittags 3 Uhr, ...

Protest von Lehrern gegen die Niederknüttelung der Jugend.

Die Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen ...

Zur Wohnungsfrage teilt das Wohlfahrtsministerium mit ...

Neue Weisker-Vorschläge für den Schließungsausschuss ...

Aufhebung der Frühgemüseverträge. Die Reichsstelle für ...

Vollständliche Kunstausstellung der Stadt Berlin. Die ...

Nächtlicher Kampf in einer Bar. Vor einiger Zeit hatte ...

Lebensmittellieferanten.

Spanbau. Im südlichen Schuppen, gegenüber dem Rathaus, ...

Geschäften zum Preise von 84 Pf. das Pfund verabsolgt. ...

Leichtenberg, 1/2 Pfund reines amerikanisches Schweinefleisch ...

Leichtenberg, 1/2 Pfund reines amerikanisches Schweinefleisch ...

Aus den Organisationen.

Welter Kreis, 1. Abteilung, Sonntag, 14. September, ...

Welter Kreis, 8. District, Am Freitag, den 12. September, ...

Schiller Wahlkreis, 11. District, Donnerstag, abends 7 Uhr, ...

Schiller Wahlkreis, 15. District, Mitgliederversammlung am ...

Welter Kreis, 17. Dist., Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, bei ...

Neukölln. Die Wahl des Sekretärs ist erfolgt. Allen ...

Treptow-Tempelhof. Am Sonntag, den 14. September, ...

Neukölln. Die Wahl des Sekretärs ist erfolgt. Allen ...

Vereinskalender.

Volksguard des Groß-Berliner Arbeiterrats. Sitzung Freitag, ...

Deutscher Transportarbeiterverband, Sektion 8, Industriearbeiter, ...

Sektion der Wilmersfelder. Freitag, abends 6 1/2 Uhr, ...

Händler und Händlerinnen. Am Donnerstag, den 11. September, ...

Deutscher Transportarbeiterverband. Apothekenarbeiter, ...

Internationales Band der Kriegesbeschädigten. Die ...

Osenfelder und Wipfer Großberliner, die auf dem ...

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Sonntag ist das ...

Arbeiterwanderverein Berlin. Sonntag ist die ...

Freie Jugend Pelzerdorf. Heute, Donnerstag, Vortrag ...

Band sozialistischer Handwerker und Gewerbetreibender. ...

Internationaler Bund der Kriegesbeschädigten und ...

Freie Hochschulgemeinde für Professoreln. Der ...

Freie sozialistische Jugend. Gruppe Schönhauser ...

Arbeiterradfahrerband Solidarität. Ortsgruppe Berlin, ...

Ker. Arbeiterbund „Reisensende“. Der ...

Lesen Sie

den Revolutionsroman von L. ANDREJEW

Schaschka Schegulow

In der illustrierten Wochenschrift der U. S. P. D.

„FREIE WELT“

Preis 20 Pfennig Bei jedem Zeitungsverkäufer zu haben



# chlank u. rank



**C & A**

Diese Worte bringen am besten die Wirkung der kommenden Mantelmode zum Ausdruck.

Wie bei den Kostümen, so fallen auch bei Mänteln die lange Form und die reiche Garnierung mit Tresse und Stepperei in erster Linie auf.

Was nun den hier abgebildeten Mantel noch besonders habenwert macht, das ist sein guter warmer Flauchstoff, die vorzügliche Verarbeitung und die flotte Form seines großen hochknöpfbaren Kragens.

**Rönigstr. 33 Chausseestr. 113**  
 Am Bahnhof Alexanderplatz **Im Chausseestr. 113**  
**Sonntags geschlossen!**

**Theater und Vergnügungen.**

**Volksbühne.** Theater am Hülwenplatz.  
**Opernhaus.** 7 Uhr: Joseph in Ägypten.  
**Schauspielhaus.** Zum 25. Male 7 Uhr: Kreuzschreiber.  
**Deutsches Theater.** Direktion: Max Reinhardt. 7 Uhr: Hamlet.  
**Kammerspiele.** 7 Uhr: Maria Magdalena.  
**Königsgräber Straße.** 8 Uhr: Erdbeben. Freitag: Kameraden. Sonnabend: Kameraden.  
**Komödienhaus.** an der Marschallstraße. 8 Uhr: Liselott von der Platz. Sonntag: nachm.: 5 Frankfurter.  
**Berliner Theater.** 8 Uhr: Die Dame im Frack. Sonntag: nachm.: D. tolle Kunstsch.  
**Lessing-Theater.** Direktion: Viktor Barnowsky. 7 Uhr: Liebe. Freitag 7: Der Schöpfer. (Albert Bassermann) Sonnabend 7: Peer Gynt.  
**Deutsch Künstler-Theater.** Allabendlich bis inkl. Freitag 7: Das Schloß am Wannensee. Freitag 7: Das Schloß am Wannensee. Sonntag 7 Uhr: Zum ersten Male Die letzten Ritter.  
**Trianon-Theater.** Mt. Friedrichstraße, Nr. 412/2. Täglich 8 Uhr: Der gute Ruf. Nachm. 4 Uhr. Kleine Preise: Mittwoch: Schneewittchen. Sonnabend: Aschenbrödel.  
**Residenz-Theater.** Untergrund. Klosterstraße. Täglich 8 Uhr: Das höhere Leben. Nachm. 4 Uhr in kleineren Preisen. Mittwoch: Rotkäppchen. Sonnabend: Hänsel u. Gretel.  
**Casino-Theater.** Ledringer Str. 27. Täglich 8 Uhr: Großstadt-Pflanzen. Volkstück in 3 Akten. Vorher: Schwarzwaldhölle. Operettenakt mit Viktor Litzke von der Komischen Oper. Dann ersteklassige Spezialitäten. Sonntag 14 Uhr: Mädchenwehre.  
**Rose-Theater.** 7 Uhr: Sommernacht.  
**Wintergarten.** täglich 7 Uhr: Varietevorstellung. Rauchen gestattet.

**Walthalla-Theater**  
 Täglich 7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

Theater am Kottbuser Tor. Tel. Moritzpl. 14814. 7 1/2 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr: **Elite-Sänger**. Solo, Duett, Quartett, 3 Soubretten etc. Neues Programm. Großer Liederfolg. Sonntag nachm. ermäßigte Preise. 1 Kind frei. Blüthen-Konzert. Beginn 7 Uhr.

**Berliner Prater**  
 Kastanien-Allee 7-9. Täglich 12 Uhr: 12 Varietè-Attraktionen. 1. Ranzen. In der Tanz-Dialekt täglich ab 6 Uhr: **Ball.**

**Theater am Moritzplatz**

**LOTTE NEUMANN**  
 in dem Film **Arme Thea**  
 6 Akte, nach dem Roman von Rudolf Strauß. Regie: Carl Fröhlich. Außerdem das Lustspiel: **Knoppchen in Schutzhaft.**  
 630, 830

**Circus Busch**

Nach erfolg. Gastspiel in Hamburg **Wieder-Eröffnung**  
 Sonntag 18. Sept. abm. 7 1/2 Uhr **Auserlesenes Circus-Programm!!!**  
 Volt 10-20 ab 5 Uhr, sow. b. Vertheim u. Invalidendank.

**Piano**  
 kreuzseitig bis 3000 M. kauft hier. Zionskirchplatz 1.

**Die Eröffnung der Richard Oswald-Nachspiele**  
 (Ehlführer Richard Oswald)  
 163 Hauptstraße 163  
 Plakate: Gehr. Fäßler und Richard Oswald  
 findet am **Dienstag, 16. September, abends 8 Uhr, statt**

**Vergnügungs-Palast Groß-Berlin**  
 Hasenheide 13/15

Heute Donnerstag: Fortsetzung des **Entscheidungskampfes Romanoff** gegen **Stalzenwald**  
 Dieser Kampf wird als erster des Abends zum Anstrich gebracht.  
 Ferner ringen: Kornatz gegen Gebhard, Richter gegen Naher.  
 Beginn des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr, der Ringkämpfe 8 1/2 Uhr.  
 Vorher: **Spezialitäten-Programm**  
 Dienstag, Donnerstag und Sonntag **Großer Ball.**

**Hilfe**  
 bei Rückgratverkrümmung, Leber- u. Nierenleiden kauft Paul Wenzel, Berlin, Friedrichstr. 29.

**Motorboot-Parfie**

nach Alt-Buchhorst durch die Lücknitz Sonntag, den 14. September 19 Uhr **Schillingsbrücke - Röhmerwald** hin und zurück 5 Mk. Schubert, Lichtenberg, Leopoldstraße 36.

**Zähne naturgetreu wie echte.**

Friedenstauch, bestes Material, pro Zahn 4.- M. und 6.- M. Keine Kriegsware. Spezialität: **Goldkronen von 30.- M. an.** Teilzahlung gestattet. Garantie 5 Jahre. Schönendste Behandlung, speziell für Kranke und Nervöse. Zahnziehen unentgeltlich. Reparaturen, Umarbeitungen sofort.

**Max Fabian, Dentist**  
 Neue Königstr. 38 I. 2 Min. vom Alexanderpl.

**Spezialarzt**  
 für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez. veralt. hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, Künstl. Hörsensinne, Blutunter-such. Eigenes Kurbad für elektr. med. Bäder. Damen separat. **Dr. med. Lommer, str. 155.** Sprechzeit 9-1 u. 4-8, Sonntag 9-12. (Nähe Rosenthaler Platz).

**WANZEN**  
 Sofortige gänzliche Vernichtung der Wanzen, Schwaben, Motten, Ratten, Mäuse sowie Brut. Mittels **Patent-Schneidrad-Stückras-Apparate** (sogenannte Erfindung) wird jedes Ungeziefer in 3 Stunden radikal vernichtet unter langjähriger schriftlicher Garantie. Keine Beschädigung der Möbel und Tapeten!  
**Ungeziefer-Vernichtungsanstalt R. Groth, S. 59,** Wissmannstr. 44. Tel. Moritzplatz 7523. **Tag- und Nachtbetrieb. Nachnahme verboten. Gesetzlich geschützt.**

**Kupferdrähte Metalle**

Kabel und Litzen für Auslandsbedarf kauft Kabelvertrieb, Joachim-Friedrichstr. 34 Amt Platzbure 4559.

**Alle Gebisse, Gold**

Silber, Platin, Mänzen werden gekaut. Platin Gesamt 35 M. Zahn 2 bis 25 M. **Gebisse bis 750 M.** Frau Knuth, Zionskirchstraße 54, v. II, 5 bis 8 Uhr.

**Metallankauf**

Kupfer, Messing, Zinn usw. Gold, Silber, Platin Metallschmelzwerk, Waldemarstr. 74.

Nähmaschinen, System-angabe, kauft Minkler, Oranienstraße 167.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband**  
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

**Nachruf.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftskutscher **Carl Kühn** am 1. d. Mts. im Alter von 54 Jahren, verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Postansteller **Fritz Volkmann** am 6. d. Mts. im Alter von 19 Jahren, verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. d. Mts., nachmittags 1 Uhr von der Leichenhalle des Garnisonkirchhofes in der Hasenheide statt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.

**Todes-Anzeige.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Monteur **Friedrich Margait** Neukölln, Böhmische Str. 52, am 6. d. Mts. gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindekirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt. **Kege Beteiligung erwartet.** Die Ortsverwaltung.

**Elektromotore**

Gleichstrom 12 Drehstrom kauft **Ingenieurbureau Schlichting** Berlin W 9, Linkstr. 13. Tel.: Lützow 3705 und 3519

**Elektromotoren kaufen**

gebrauchte, auch defekte jeder Art **„Mody“**, Schöneberg, Vorbergstr. 3. Amt: Stephan 4014. Reparaturwerkstatt, Askerwickelstr.

**Zigarren, Zigaretten, Dänischer Kautabak,**

stets frisch. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme. Zigarren- u. Zigaretten-Vertrieb **Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 87.**

**Spezial-Arzt**

für Haut-, Harn-, Frauen- u. Leiden, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchungen, Damen- und Herren-Abteilung. **Erste und älteste Heil-Anstalt Löser** **Dir.: Löser senior.** Spezial-Arzt Dr. Skott. Int. Linsenstr. **Rosenthaler Str. 69-70.** 64. 1-1. Sonn. 11-1

**Spiralbohrer.**

Schneid- und Werkzeugaust. jede Größe, kauft laufend nach Verbandsliste **H. Goetze**, C 19, Friedrichsgracht 16. Fernsprecher: Zentrum 3943.

**Spiralbohrer.**

Kaufe laufend jeden Posten Handier besondere Preise **Schill. Angebote mit Preis an Pesenecker, Neue Königstraße 26, Fernspr. Alex. 5265.**



# Reichskonferenz der U. S. P. D.

2. Tag. (Vormittagssitzung.)

Berlin, 10. September.

In der Fortsetzung der Debatte über die „politische Lage“ erhält weiter das Wort

**Däumig Berlin:** Die soziale Revolution geht ihren Gang unbeeinträchtigt weiter. Diesen objektiven historischen Vorgang müssen wir vorwärts treiben, dürfen ihn nicht verhandeln lassen. Die Arbeiterbewegung ist am 9. November gewissermaßen in die Revolution „hineingestürzt“, nur eine dünne Oberschicht erkannte die Situation richtig. Die überspannten Hoffnungen über die alleinsetzende Demokratie pustete das bürgerliche revolutionäre Element nur allzu schnell wieder davon. Jetzt gilt es, wenigstens die fortgeschrittene Schicht des Proletariats mit allen Mitteln zu einer letzten Kraftanstrengung zu bringen. Die parlamentarische Einschwenkung ist da nicht das geeignete Mittel. Durch die Nachschärfen der Regierung und der bürgerlichen Parteien ist die Frage der Sozialisierung fast ganz aus dem Bewußtsein der Masse geschwunden, und doch ist sie die bitterste Notwendigkeit. Das Betriebsratsgesetz der Regierung soll nur Agenten der Arbeitsgemeinschaften der Betriebe schaffen. Nur durch die Zusammenfassung des Proletariats im revolutionären Rätesystem kann das Proletariat die politische Macht erringen. Deshalb muß man sich gegen die starke Unterbrechung der parlamentarischen Tätigkeit wenden.

**Dihmann-Frankfurt:** In Sachsen war man augenscheinlich doch geneigt, die Konsequenzen der parlamentarischen Tätigkeit zu ziehen, das ging doch aus den Reden im Landtag und den Debatten in der „Leipziger Volkszeitung“ hervor. Dagegen aber muß man sich wenden. Die Stellung der Partei in den einzelnen Landesteilen muß einheitlich sein. Die Massen werden und auch sein werden, wenn wir deutlich den Trennungskrieg zu den Rechtssozialisten ziehen. Oft werden uns im Lande die Genossen Kautsky und Ströbel um die Ohren geschlagen. Bewußt sind die Leistungen Kautskys (Rufus; die früheren) zu schätzen, aber es sollte von ihm doch Rücksicht auf die Partei genommen werden. Die Partei mußte darauf hinwirken, daß er sich in jedem Falle mit ihr über seine Schritte verständigt. Ströbel hat in der letzten Zeit den „Einigungsstimmler“. Dagegen muß man sich entschieden wenden. — Unser Ziel ist die Diktatur des Proletariats mit dem Rätesystem. Auf dem Wege zu diesem Ziel haben wir alle Mittel anzuwenden, auch die parlamentarische Betätigung. Mit der Tätigkeit der Abgeordneten der Partei in Weimar kann man durchaus nicht zufrieden sein. Es muß ein viel größerer revolutionärer Schwung in der Betätigung sein, die Massen müssen von der Tribüne herab ganz anders in revolutionärem Sinne begeistert werden.

**Denke-Bremen:** Wenn vorgeschlagen worden ist, Kautsky solle verpflichtet werden, sich erst mit der Partei über das, was er schreiben will, zu verständigen, so würde das eine gefährliche Dummheit sein. Kautsky wird sicherlich nur von seiner Überzeugung geleitet. Wenn Kautsky heute so stark die Demokratie betont, so ist das immerhin verständlich; vom Rätesystem hat uns ja noch keiner einen klaren Begriff gegeben. Ein Aktionsprogramm wird stets ein Kompromiß sein, es ist ganz unmöglich, eines zu schaffen, das nicht verschiedene Auslegungen zuläßt. Wir stehen heute vor ganz unübersichtlichen Situationen; keiner ist in der Lage, uns darüber etwas Unantastbares zu sagen, weder Gener noch Däumig, noch sonst einer. Dazu kommt, daß uns durch den Weltkrieg die besten Kämpfer genommen sind. Dafür sind neue Massen zu uns gekommen, die nur nach Sinn und Nutzen handeln. Wir müssen die Ökonomie und Politik in ein besseres Verhältnis zueinander zu bringen suchen, und gerade darin kann man von Kautsky noch viel lernen. Er mag in diesem oder jenem etwas geäußert haben, was man nicht unterschreiben kann, aber auch das wird man zu verstehen suchen müssen; aus ihm spricht sicherlich die ehrliche Überzeugung und der beste Wille, der Partei zu dienen. Auch Kautsky stellt die Demokratie nicht als das alleinsetzende Mittel hin. Soll schließlich Engels mit ihm in die Wollgrube geworfen werden, so doch auch er sich für die Demokratie erklärt hat? Vernunft muß vor allen Dingen, tun wir das nicht, dann werden wir niemals weiter kommen. Es ist auch gar nicht ausgeschlossen, daß wir wieder eine Situation erhalten, in der die parlamentarische Betätigung das einzige Mittel unserer Wirksamkeit ist.

**Meine-Deesden:** Wenn wir den Rechtssozialisten bei ihrer Aufforderung, daß wir uns an der Regierung mit ihnen beteiligen, Bedingungen stellen, so ist damit zu rechnen, daß sie diese theoretisch ablehnen, aber nachher erklären: „Wir wir sie auslegen“, und praktisch ganz anders handeln. — Es besteht ein durchaus berechtigtes Interesse für uns, Kautsky ganz entschieden abzuschnüdeln. Immer wieder werden uns von ihm Knipfel zwischen die Beine geworfen. Wohin soll es z. B. führen, wenn er bei der Sozialisierung eine Abfindung propagiert und das mit der Moraltheorie begründet? Richtig wäre eine offizielle Erklärung der Partei, daß sie einen großen Teil der Kautskyschen Ausführungen nicht billigt; daß einzelne Genossen ihn abschnüdeln, führt nicht weiter.

**Wittmer-Gotha:** stellt die Anfrage, wie die Genossen sich verhalten sollen, wenn sie in einem Parlament die Mehrheit haben und die Möglichkeit einer aufbauenden sozialistischen Tätigkeit sehen, und berichtet über die Verhältnisse in Gotha.

### Schlusswort der Referenten.

Sobann erhält Curt Geier das Schlusswort: Tatsächlich gibt es in der Partei eine gewisse Tendenz zur Anpassung an die bürgerliche Auffassung vom Parlamentarismus, gerade auch in Sachsen. Livinski steht tatsächlich auf dem Standpunkt, daß man, wenn man einmal im Parlament ist, unter Umständen auch zur Beteiligung an der Regierung kommen muß. Bei Anforderungen zur Teilnahme an der Regierung darf es auch nicht die Auffassung von Weimar geben, die möglicherweise listig angenommen, aber dann praktisch nicht eingehalten werden. Man muß grundsätzlich erklären, daß es mit den Rechtssozialisten keine Verhandlungen gibt. Rum mindestens sollten doch die Vorgänge in München bei der Bildung der Räterepublik ein warnendes Beispiel sein. Die Taktik der sächsischen Genossen kam tatsächlich einer Stärkung jener demokratischen Richtung gleich, deren Hauptrepräsentant besonders Kautsky ist. Wenn Genke es als einziger unternehmen hat, Kautsky zu verteidigen, so ist festzustellen, daß wir kein Diskussionsforum für Theoretiker sind und nicht zulassen können, daß diese solche Seitenhiebe machen, wie Kautsky. Es handelt sich um dieselbe Erscheinung wie bei dem Auftreten der Revisionisten in der alten Partei. Damals war man sich aber darüber einig, daß die Partei sich dagegen wenden müsse. Seine Theorie steht im Widerspruch mit der Taktik der Partei, das ist das Entscheidende. Vernunft müssen wir besonders aus den Erfahrungen der Revolution, daß die Masse des Parlamentarismus immer geworden ist. Die Formel „Parlamentarismus oder Antiparlamentarismus?“ verleiht das Kampffeld. Es kommt vielmehr darauf an, ob in einem gegebenen Punkt der Parlamentarismus in den Vordergrund gerückt werden darf.

Bei der dritten Lesung der Verfassungsvorlage wurde von Hoch, Kocnen und mir in der Fraktion beantragt, von allen ferneren Anträgen, Amendements usw. abzusehen und allen Nachdruck auf den revolutionären Protest zu legen; aber wir bildeten allein bei diesem Antrag. Das Rätesystem hat in der vorrevolutionären Epoche die Stützorganisation des Proletariats zu bilden. Seit Wochen sind genaue Entwürfe für das Rätesystem ausgearbeitet. Wie kann Genke da sagen, daß darüber noch keine Klarheit besteht? Leibert hat die Parteizentrale und das Reichner leitende Organ praktisch viel zu wenig getan, um den Rätegedanken zu fördern. Golle Klarheit in der Partei ist nötig.

Wer sich die richtige Vorstellung vom revolutionären Rätesystem macht, kann nicht zu der Formulierung kommen: Rätesystem und Parlamentarismus. Die parlamentarische Taktik ist geeignet, auf die revolutionären Schichten abzuwirken zu wirken. Die parlamentarischen Traditionen haben bei den fortgeschrittenen Schichten des Proletariats ganz an Kredit verloren. Wir müssen den Hauptnachdruck legen auf Aktionen. Beileigig sich die Partei an der parlamentarischen Arbeit, so kann das dazu führen, daß auf Grund der parlamentarischen Gesetze die U. S. P. doch mit den bürgerlichen Parteien eine Regierung bilden muß. Wer einmal A sagt, muß schließlich auch B sagen. Noch sind die Positionen der Gegner erschüttert. Noch ist die Zeit, besonders im Hinblick auf die kommenden Wintermonate, mit Hilfe der Partei große Massen zum letzten Stoß zu sammeln, aber aus dem Boden des Rätesystems. Die Massen in bewußt revolutionäre Bahnen zu lenken, muß unsere Aufgabe sein, die parlamentarische Versäufelung kann da nur hinderlich sein. Die „Verankerung der Räte in der Verfassung“ muß aus dem Revolutionsprogramm heraus.

**Geier:** Ich habe nie einen Zweifel gelassen, daß ich jede Vereinigung mit den Rechtssozialisten zur Regierungsabgabe für ganz unmöglich halte. Die Frage ist nur, wie der letzte Schritt zur Ablehnung am zweckmäßigsten formuliert wird. Es ist eine ganz unverständliche Furcht, die Rechtssozialisten könnten unser volles Revolutionsprogramm ablehnen. — Wenn in Gotha die Kommunisten verlangen, dort solle nun, bei der unabhängigen Mehrheit, die Räterepublik durchgeführt werden, so ist das eine Demagogie schlimmster Art. Man soll an das Münchener Beispiel denken. Der Gothaer Staat ist heute gewissermaßen nur noch eine große Kommune. Es handelt sich wesentlich um eine Verwaltungsmäßigkeit, die dort auszuführen ist. Da kann die Errichtung einer Räterepublik nicht in Betracht kommen.

Wir mühen uns für die Demokratie kämpfen, weil diese geeignet ist, den Boden für den Kampf des Proletariats zu ebnen. Wir müssen uns nur klar sein, daß wir heute keine Demokratie haben und unter dem kapitalistischen System auch gar nicht haben können.

Auch eine Kongordanz zwischen den einzelnen Kampfmitteln ist verfehlt. Heute ist dies und morgen jenes das beste Mittel sind sowohl Parlament, wie Gewerkschaften, wie Rätesystem. Die Organisation des revolutionären Rätesystems kann erst der Hebel sein, das gegenwärtige System aus den Angeln zu heben, es ist aber keineswegs schon die Diktatur des Proletariats.

Mangel an praktischem Handeln darf dem Parteivorstand nicht vorgeworfen werden. Er ist früh genug an den Berliner Volksrat über eine Verständigung in der Rätefrage herangetreten. Aber es hat 6 Monate gedauert, bis der Volksrat bestimmte Vorschläge unterbreiten konnte.

Stets macht sich bei uns in der Partei ein bedenkliches simplifizierendes Denken bemerkbar, das viele Zusammenhänge außer Acht läßt. Auf der einen Seite stehen wir noch in der kapitalistischen Gesellschaft, auf der anderen wollen wir sie überwinden. Wir müssen sie mit den Mitteln, die sie uns bietet, bekämpfen, nur immer mit dem Ziel vor Augen, sie zu überwinden. Wie ist das Rätesystem zu diesem Zwecke anzuwenden? — Das ist nun die entscheidende Frage. Zum Syndikalismus dürfen wir nicht kommen. Zunächst muß es gelten, die politische Macht zu erobern, natürlich unter rechtzeitiger ökonomischer Schulung des Proletariats, indem man es in die Leitung der Betriebe hineinzubringen sucht.

Auch ich bin seit zwei Jahren mit diesem bei Kautsky nicht einverstanden. Aber das kann meine Verehrung für ihn nicht mindern, und wer ihn beschimpft, der beschimpft sich selbst. Leibert lesen diese, die über Kautsky herfallen, die Kautskyschen Schriften nicht, sondern stützen sich auf ihre Auslegung durch die Gegner. Seine letzte Schrift „Kommunismus und Terrorismus“ muß jeder lesen; in ihrem historischen Teile ist sie eine geradezu glänzende Leistung. In den anderen Absätzen kann man verschiedene Meinungen sein, aber nirgends ist ein Anlaß zu rufen: Sinein mit diesem Planne in die Wollgrube! Es ist unzweifelhaft, Kautsky mit den Revisionisten auf eine Stufe zu stellen. Er ist noch wie vor ein Gegner des Reformismus.

In Weimar hatte Geier genug Gelegenheit, revolutionäre Töne anzuschlagen. Der Vorschlag, von der Weimarer Tribüne herab bei der 3. Lesung der Verfassung über das Erfurter Programm zu sprechen, war allerdings ganz verfehlt. Da um 11 Uhr noch vor wenigen Tagen die Forderung vertreten, die Vertreter der Partei sollten aus allen Parlamenten, auch den kommunalen, austreten. Das ist ein Standpunkt, — aber ein ganz verkehrter. Es gibt keine saubere Politik als die Wahlmännchenpolitik. Es darf den Arbeitern auch nicht gesagt werden: der Parlamentarismus nützt uns nichts. Das Weimarer Parlament war festlich ein sehr ungünstiger Boden dafür, es steht auf einem ganz ungewöhnlich tiefen Niveau. Immerhin müssen wir es nutzen, aber auch alles andere, bis wir unser Ziel erreicht haben. (Beifall.)

### Die Internationale.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen erhält als Referent zum Punkt „Internationale“ das Wort Dillinger. Berlin: Es handelte sich in Lugern nur um eine vorbereitende Konferenz, ohne das Recht, Beschlüsse zu fassen. Die Parteileitung war sich klar darüber, daß die Beteiligung an der Konferenz in Lugern keine Festlegung für ein Verbleiben in der zweiten Internationale bedeuten durfte und daß dieses von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig sein müsse. Fest stand für sie auch, daß die Internationale nur aktionsfähig werden würde, wenn sie von sozialrevolutionärem Geiste erfüllt sei. In einer solchen Internationale könne für die deutschen Rechtssozialisten kein Platz sein. Der Eindruck in Lugern war, daß in der Internationale Parteien sind, mit denen ein weitgehendes Zusammenarbeiten möglich ist, während andere Parteien Anschauungen ziemlich weit rechts von den unseren vertreten. Es handelte sich in Lugern einmal um die Schaffung eines Organisationsstatuts. Es gelang uns nicht, hier alle erwünschten Verbesserungen der Vorlage durchzusetzen. Von einer wirklichen Abstimmung wurde schließlich Abstand genommen; es wurde nur festgestellt, wie die Haltung der einzelnen Vertreter war. Dabei zeigte sich, daß das Schwergewicht der Konferenz mehr nach links gerückt war. Bei der Behandlung des Volkswirtschafts erklärten wir uns gegen jede Stellungnahme gegen die bolschewistische Regierung, wie sie von Teilen der Konferenz beabsichtigt war. Dieser Standpunkt wurde schließlich auch einmütig akzeptiert.

Die französischen Genossen erklärten wiederholt, daß sie einen bedeutenden Aufschwung der Partei bei den bevorstehenden Wahlen erwarteten. In manchen Hinsicht befanden sich die französischen Genossen in einer schwierigen Situation. Die Gewerkschaften wären für eine sehr zurückhaltende Politik. Möglicherweise ein ungünstiger Wahlausfall gewisse revolutionäre Strömungen stärken würde, aber zu erwarten sei doch nicht eine echte revolutionäre Zustimmung. Diese könnte bei der sozialen Schwäche der französischen Arbeiterbewegung auch eine tragische Wendung erlangen. In England kommt noch die „Shop-Steward“ Bewegung in Betracht, die manche Ähnlichkeit mit der deutschen Arbeiterbewegung hat, aber doch mehr auf parlamentarische Betätigung als auf eine „direkte Aktion“ dringt.

Man darf nicht sagen, daß es mit der Weltrevolution Schluss wäre. Aber in der allerersten Zeit dürfte die Entwicklung im Westen keine so alten revolutionären Kämpfe zeigen.

Im Osten mühte die ökonomische Bedingtheit jeder Revolution von vornherein Besorgnisse für die Entwicklung der Revolution zu werden. Der Besitz und die Handhabung der politischen Macht kann eine ökonomische Rücksicht gleich abschaffen, aber ob diese dadurch überwunden werden kann, ist sehr die Frage. Heute hat die konterrevolutionäre Bewegung im Osten eingesetzt, und es ist sehr fraglich, ob ihr noch Einhalt getan werden kann. Die Eröberung der politischen Macht bei uns würde natürlich eine starke Entlastung der russischen Genossen bringen. Aber mit moralischen Mitteln ist der russischen Revolution nicht zu helfen.

Bei der Frage des Anschlusses an die Proletarier Internationale muß damit gerechnet werden, daß wir eventuell unseren Namen an ein sinkendes Schiff hängen. Denn der russische Volkswirtschaft ist die dritte Internationale. Würde die dritte Internationale aber zu einer größeren Wirksamkeit kommen, so würde das die Kapitulation der Partei vor den Kommunisten bedeuten. Denn diese würden alles daran setzen, der Partei ihr Programm aufzubringen. Die Akzeptierung des bolschewistischen Programms würde dahin führen, daß wir auch für die bolschewistischen Methoden in Anspruch genommen werden. In Deutschland haben wir aber mit ganz anderen Voraussetzungen zu rechnen und müssen ganz andere Wege einschlagen. Wir wollen uns vor allem nicht auf den Terrorismus verstoßen, wie er von Lenin immer wieder als Notwendigkeit bei der Entwicklung hingestellt wird. Bürgerkrieg bedeutet Aufbruch der Produktion, bedeutet einen ganz rohen Verteilungssozialismus, bedeutet damit schließlich die Unmöglichkeit der Sozialisierung.

Der Austritt aus der zweiten Internationale würde ferner die Isolierung von denjenigen proletarischen Schichten bedeuten, deren Sieg allein den Sozialismus endgültig verwirklichen kann, weil nur hier die ökonomische Entwicklung weit genug vorgeschritten ist. Wenn wir auf die englischen und französischen Sozialisten einwirken wollen, dann dürfen wir nicht sagen: „Es gibt keine Möglichkeit der Zusammenarbeit.“ Die Folgen des Abtruges werden schließlich auch das westeuropäische Proletariat ins revolutionäre Lager treiben und so hier die Voraussetzung für eine neue Internationale schaffen. Die Internationale kann nie eine Einigung auf ein bestimmtes Parteiprogramm bedeuten. Aber wenn wir eine aktionsfähige Internationale haben wollen, dürfen wir uns nicht denjenigen anschließen, die vornehmlich die agrarischen Länder des Ostens umschließen.

Die Parteileitung hat beschlossen, mit allen Gruppen, die sich finden, in Verbindung zu treten, und es wurde auch an die französischen Genossen das Ersuchen gestellt, mit uns gemeinsam an die Bolschewisten heranzutreten, um eine Verständigung herbeizuführen. Die Zeit selbst wird für uns wirken und den Zeitpunkt herbeiführen, wo es möglich ist, eine Internationale zu schaffen, die als revolutionäres Instrument wirksam werden kann. Es ist nicht nötig, jetzt gleich verbindende Beschlüsse zu fassen. Der Parteitag wird schon einer geläuterten Situation gegenüberstehen. (Beifall.)

In der Nachmittagsitzung spricht als

### Korreferent zum Thema „Internationale“ Stöder:

Die Lehren des Zusammenbruchs müssen zu einer nur umso stärkeren Betonung des internationalen Gedankens führen. Die Lehren von Lugern und Ungarn beweisen, daß letzten Endes nur auf internationalem Wege zum Sozialismus zu kommen ist.

Voraussetzung ist aber, daß grundsätzlich Klarheit geschaffen wird. Die hat die U. S. P. noch sehr vermissen lassen. Obwohl die zweite Internationale völlig verlagert, hat man sich jetzt an ihrer Wiederaufrichtung beteiligt. Die Einsetzung von Vertretern nach Bern, Amsterdam und Lugern ist zu bedauern. Das Lugern uns jetzt gebracht hat, entspricht keineswegs den Bedingungen, die von der Partei an eine Internationale gestellt wurden. Das Rätesystem hat in Lugern eine Ablehnung erfahren. Eine Sammlung aller revolutionären Parteien hat die Konferenz nicht gebracht. Eine rücksichtslose Ablehnung des Opportunismus erfolgte nicht; im Gegenteil der Opportunismus feierte Triumphe. In der Frage des Völkerbundes ist in Lugern eine Haltung eingenommen worden, die sich mit unserer nicht deckt. Renaudel hat über den Völkerbund und den Frieden Gedankengänge entwickelt, die ganz den reformsozialistischen entsprechen, die wir in der inneren Politik bekämpfen. Wir haben in dem Völkerbund nur eine Maskierung des Imperialismus zu erblicken und zu bekämpfen.

Da müssen wir uns fragen: Können wir in dieser Internationale noch bleiben? Sollen wir bei entscheideneren Resolutionen, als sie bisher dort eine Mehrheit fanden, dürfen wir diesem Gedanke nicht die Hand reichen. Es würde in einer Krise auch wieder genau so zusammenbrechen wie 1914 (Sehr richtig!) Der Austritt muß so bald wie möglich beschlossen werden. Wenn gefordert wird, die Trennung erst in Genf zu vollziehen, um die Linke der anderen Nationen mit herauszuholen, so erscheint das nicht das geeignete Mittel. Eine Vereinigung der zweiten mit der dritten Internationale ist aussichtslos. Die Parteien der dritten Internationale würden sich nicht mit den Reformsozialisten an den gleichen Tisch setzen. Wir werden dauernd mit zwei Internationalen rechnen müssen. Und da gehören wir nicht in die reformsozialistische. Deshalb dürfen wir nicht noch Genf gehen!

Was dann? Die überhäufte Gründung der dritten Internationale ist bedauerlich. Aber diese Internationale ist jetzt da. Und nicht nur Moskau entscheidet in ihr. Das Programm von Moskau verlangt auch keine rein bolschewistische Taktik. Die angeschlossenen Parteien werden durchaus nicht aus dem Antiparlamentarismus verbannt. Bürgerkrieg ist schließlich jede Revolution. Den Bürgerkrieg auszuweichen, ist ganz unrevolutionär. In der Anordnung der Gewalt bei Durchführung der Diktatur ist natürlich das Maß von Bedeutung.

Noch mit schönen Worten wird man eine Diktatur freilich nicht ausüben können, gewisse Methoden der Gewalt werden angewandt werden müssen, schon weil die Gegenrevolution alle Mittel veruchen wird, um die Diktatur zu befechtigen. Potentially wird eine Diktatur nicht auf die Dauer aufrechterhalten werden können, wenn sich nicht die Mehrheit der Arbeiter.



Kraft auf ihren Waden zu stellen vermag. Wohl zeigt sich bei den Volkswirtschaften eine gewisse Uebereinstimmung der militärischen Verfahren, aber doch nicht Unannehmliches.

Ein Punkt, in dem unser Programm noch nicht der dritten Internationale entspricht, ist die Verpflichtung zum schärfsten Kampf gegen den Völkerverbund. Aber das wird der nächste Parteitag ohne Zweifel ändern können. Die Wendungen im Programm der Internationale, die sich gegen die U. S. P. richten, würden sicher fortzubehalten sein, wenn man bei seiner Abfassung unser Revolutionsprogramm gekannt hätte. Die deutsche Kommunisten sehen immer mehr, daß sie eine verkehrte Taktik betreiben haben. (Widerpruch.) Wir leben in einer revolutionären Zeit, da können natürlich überall Irrtümer vorkommen. Aber die führenden Köpfe der Kommunisten suchen doch einen Weg zur Verständigung.

Gerade, wenn wir einer gewissen ruhigen Zeit entgegengehen, muß der Trennungstich zur zweiten Internationale rasch gezogen werden. Die baldige Wiedereröffnung der Volkswirtschaft ist keineswegs sicher. Unsere moralische Unternehmung durch den Anschlag an die dritte Internationale müßte auch keineswegs zu unterschätzen sein. Und unser eigenes Interesse verlangt es, daß wir alles versuchen, um die Ruffen zu helfen. Eine gründliche Erörterung in der Presse ist zwar nötig. Aber die Partei muß so bald wie möglich den Anschlag an die dritte Internationale vollziehen.

Der Redner polemisiert gegen Ausführungen Kautskys in der „Freiheit“. Kautsky spielt heute tatsächlich eine Rolle wie früher Bernstein. Sicherlich haben wir von Kautsky ungemein viel gelernt, und seiner wird keine Bedeutung für die Arbeiterbewegung beizumessen. Aber wir müssen auch offen aussprechen, wie wir heute über ihn denken. Nach der schwankenden Haltung Kautskys in der ersten Zeit des Krieges und seinen Illusionen über Wilson und den Völkerverbund, seiner Stellungnahme zur Demokratie wie zur Internationale ist es nötig, klar zu erklären, daß wir ihn nicht mehr als einen Führer unserer revolutionären Bewegung ansehen, und daß wir es begrüßen würden, wenn er die Konsequenzen zöge.

In jedem Falle muß mit den Russen bald die Fühlung aufgenommen werden. Und dann müssen wir die Unklarheit in unserer Stellung zur dritten Internationale überwinden. Entschlossene und entschiedene Haltung hat uns bis jetzt vorwärts gebracht, bleiben wir auch weiter dabei! (Beifall.)

Demann als Vorsitzender macht die Mittelsung, daß die Versammlung wahrscheinlich beipflichtet werde.

Es wird beschlossen, auf eine Debatte über den Punkt „Internationale“ zu verzichten.

(Auf des Berichtes siehe heutige Abendblätter.)

**Parteiliteratur.**

Sozialistische Bücherei. Heft VI: Das Kommunistische Manifest. Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels. Vorwort von Max Adler. Wien 1919. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Jg. Brand u. Co., Wien. 35 S. 1 Kr.

**Bekanntmachung!**

Eingwendungen gegen die Zuteilung der Kohlenkarten sind für die Einwohner der Stadt Berlin unter Vorlegung der beantragten Kohlenkarten bei der Geschäftsstelle der Deputation für die Kohlenversorgung, Spandauer Straße 10, in der Zeit von 9 bis 2 Uhr, und zwar nach folgender Einteilung vorzubringen:

- In jedem Montag nur von Personen aus den Bezirkskommissionen 1-40,
- In jedem Dienstag nur von Personen aus den Bezirkskommissionen 41-80,
- In jedem Mittwoch nur von Personen aus den Bezirkskommissionen 81-120,
- In jedem Donnerstag nur von Personen aus den Bezirkskommissionen 121-160,
- In jedem Freitag nur von Personen aus den Bezirkskommissionen 161-200,
- In jedem Samstag nur von Personen aus den Bezirkskommissionen 201 bis Schluß.

Doch wird nochmals darauf hingewiesen, daß vor dem 15. d. Mts. eine Bearbeitung von Eingaben nicht vorgenommen werden kann, weil frühestens dann die erforderlichen Unterlagen (Mietquittungsnachweise) an uns zurückgelangt sein werden. Es ist unbedingt erforderlich, daß jeder Geschäftsinhaber über die Nummer seiner Bezirkskommission genau Bescheid weiß.

Es wird empfohlen, die Einsprüche möglichst schriftlich an die Deputation für die Kohlenversorgung, Spandauer Straße 10, zu richten. Bei mündlichen Einsprüchen empfiehlt es sich, Ausweise über die vorhandene Personenzahl — möglichst Bekätigung der Bezirkskommission — mitzubringen und, sofern für die später anzugebenden Ofenanlagen auch Angaben über die Wohnung zu machen sind, auch den Mietvertrag.

Schließlich wird die letzte Abteilung unserer Bekanntmachung vom 27. August 1919 hiermit wiederholt:

„Um bei der späteren Ausfertigung der Ofenkarten solche Zustellungen zu vermeiden, werden alle diejenigen, die zum 1. Oktober umzusetzen beabsichtigen, im eigenen Interesse aufgefordert, sogleich — d. h. schon vor dem Umzug — ihre neue Wohnung der Deputation für die Kohlenversorgung mitzuteilen. Es genügt eine Postkarte mit der Aufschrift „Umzug“ unter Angabe der alten und der neuen Wohnung, des Umzugsdatums und des Namens. Es empfiehlt sich, diese Umzugsanmeldung nicht mit anderen Wünschen oder Anfragen zu perquirieren.“

Berlin, den 5. September 1919.  
Magistrat.  
Deputation für die Kohlenversorgung.  
Loehning.

**Vollversammlung des kommunalen Arbeiterrats Neutöllns**

am Donnerstag, den 11. d. Mts., abends 7 Uhr, im Neuen Rathaus (großer Sitzungssaal).

- Tagesordnung:**
- Die Neutöllner Lebensmittelfachungen und die Maßnahmen des Arbeiterrats.
  - Die Neutöllner Wohnungsnot und deren Bekämpfung.
  - Bericht des Vollzugsausschusses.
  - Anträge.
  - Beifrieden.

Michels, Ortlewig.  
Botenfrauen sucht Expedition Werner, Friedländer Straße 28.

!!! Geld !!! für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 HL. (alte Post)

**Gewerkschaftliches.**

**Verband der Maler, Lackierer usw., Filiale Berlin.**

Mit der Erhöhung der Beiträge beschäftigte sich die letzte Mitgliederversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer usw., Filiale Berlin. Der Vorsitzende berichtete, daß durch Beschluß der Generalversammlung der Beitrag für die Hauptklasse um 20 Pf. erhöht wurde. Aber auch eine Erhöhung des Lokalbeitrages wurde nicht abgelehnt. Die Lokalklasse wurde während des Krieges stark in Anspruch genommen, dem keine entsprechenden Einnahmen gegenüberstanden. Die Verwaltung schlägt eine Erhöhung des Lokalbeitrages um 40 Pf. vor, was eine Gesamtbeitragserhöhung von 60 Pf. bedeuten würde.

In der Diskussion wurde gegen die Erhöhung der Beiträge prinzipiell nichts eingewendet. Es wurde vorgeschlagen, die Erhöhung nicht mit einem Male eintreten zu lassen. Die Abstimmung ergab die Annahme des Vorstandsantrages gegen sehr wenige Stimmen. Der Beitrag beträgt somit vom 1. Oktober ab 1.80 M., incl. der erhöhten Krankenunterstützung 1.90 und 2 M. Dann wurde als Beiratsmitglied Carl Weil gewählt. In die Agitationskommission des ersten Bezirks wurden gewählt die Kollegen Rieck, Riech, Schüh und Böker.

Des Weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit den überaus schlechten Lohnverhältnissen. Sie beauftragte den Vorstand, zwecks Erlangung einer Lohnerhöhung mit den Arbeitgeberverbänden in Verbindung zu treten. Ein Antrag, den „Vorwärts“ wieder als Publikationsorgan zu benutzen, wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

**Lohnbewegung der Bauarbeiter.**

Eine überaus stark besuchte Branchenversammlung der Bauarbeiter beschäftigte sich am 9. September im Gewerkschaftshaus mit dem Resultat der bisherigen Verhandlungen der Tarifkommission. Einstimmig wurde von den Anwesenden das Ergebnis der Verhandlungen abgelehnt. Aus der Mitte der Versammlung kam der Antrag, ein Ultimatum an die Arbeitgeber zu richten, die eingereichten minimalen Forderungen zu bewilligen, andernfalls die Arbeitnehmer entschlossen sind, die Arbeit niederzulegen.

Von der Kommission der Branche wurde folgende Resolution vorgelegt: Die Branchenversammlung der Bauarbeiter nimmt mit Enttäufung Kenntnis von dem ergebnislosen Verhandlungen der Tarifkommission, sie erklären: „Unter keinen Umständen das Angebot der Arbeitgeber annehmen zu können, da dasselbe sogar unter dem Schiedsspruch bleibt. Die Branchenversammlung der Bauarbeiter verpflichtet sich, für ihre gerechten Forderungen alle Konsequenzen zu tragen und fordert die Verhandlungskommission auf, mit aller Energie für Anerkennung dieser Forderungen einzutreten und dafür zu sorgen, daß die Bezahlung der Arbeiter für die Beibringende tariflich geregelt wird.“ — Nach überaus lebhafter Diskussion wurde diese Resolution einstimmig angenommen.

Die Eisen-, Metall-, Nebelverdreher und Drehmaschinen sowie Mundschleifer nahmen am Dienstag, den 9. September, im Pagenhofer, Fideicommisstraße 2-3, Stellung zu dem Schiedsspruch über die beabsichtigte Klassensteigerung in der Metallindustrie. Rolf Niedel berichtete ausführlich über die Verhandlungsphasen der einzelnen Sitzungen und über den gescheiterten Schiedsspruch. Die Kollegen nahmen den Bericht mit Entrüstung entgegen. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß es den Anschein hat, als wenn die Unternehmer es an dem nötigen Ernst in dieser Angelegenheit vermissen lassen. Die Arbeiter haben bei diesen langwierigen Verhandlungen bewiesen, daß sie eine ruhige Entschlossenheit dieser Frage wollten. Sollte aber die vermeintliche Absicht der Unternehmer ihren Zweck erreichen, es zu einem Lohnkampf kommen zu lassen, so trifft die Arbeiterklasse keine Schuld, folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten, am 9. 9. 19 in obenbezeichnetem Lokal versammelten Eisen-, Metall-, Nebelverdreher und Drehmaschinen sowie Mundschleifer von Groß-Berlin lehnen den Schiedsspruch im Lohnabkommen ab und behalten sich weitere Maßnahmen vor. Die Versammelten sprechen der Kommission ihr volles Vertrauen aus und legen die weitere Ausführung des Lohnabkommens in die Hände der Branchenkommission zurück.

In die Branchenkommission wurden die Kollegen Kay Albrecht, Joh. Sulinski, Barde, Alfred Lamm gewählt. Zentralverband der Glaser. Die Bestimmung über den Hebertritt unseres Verbandes in einen größeren Verband zeitliche folgendes Resultat: Für den Holzarbeiterverband 1897 und für Fortbehalten des Glaserverbandes 1499 Kollegen. Ungültig waren 14 Stimmen. An der Abstimmung nicht beteiligt haben sich 632 Kollegen. Nach dem Statut ist eine 2/3-Majorität notwendig, um den Hebertritt zu vollziehen. Diese ist nicht erreicht. Aus gilt es, den Verband weiter auszubauen und dafür zu sorgen, daß ein neuer Geist in unsere Hauptverwaltung einzieht.

Die Lederarbeiter und -arbeiterinnen Filiale Berlin I und II hielten am Sonntag eine gemeinsame Monatsversammlung ab, in der Genosse Sommerfeld über „Mäßigstem und Sozialisierung“ referierte. Als Korreferent trat Krüger auf. Da er zur Sache nichts zu sagen wollte, mußte er sein Referat abbrechen. Diskussion fand nicht statt.

Der Vorsitzende gab dann bekannt, daß am 27. August ein Streik bei der Firma Gebr. Steinlein ausgedbrochen war, wegen Entlassung des Odmanns, der den Geschäftsführer der Firma beleidigt haben sollte. Durch Vermittlung des Vorsitzenden und des entlassenen Odmanns nahmen die Kollegen am folgenden Tage die Arbeit wieder auf. Die Sächsischen Kommissionen fällte den Schiedsspruch, daß der Odmann die Beleidigung dort, wo sie geschehen ist, zurücknimmt und die Firma ihn wieder einstellt. Des Amt des Odmanns dürfte er nicht wieder einnehmen. Der Geschäftsführer nahm den Schiedsspruch nicht an, so daß das Einigungsamt eingreifen muß. Weiter wurde bekanntgegeben, daß sämtliche Betriebe den neuen Tarif anerkennen haben.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Bielepp, Neutölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Verlagsdruckerei und Verlagsbuchhandlung m. b. H., Schiffbauerdamm 19

**Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.**

**Bezirksversammlungen**

am Montag, den 15. September 1919.

- Tagesordnung:**
- Die Beschlüsse des Tarifausschusses und die neuen Lohnerhöhungen.
  - Die Vergütung des Bonknotenrucks nach Wien.
  - Beifrieden.
1. Bezirk, N.W., Moabit, ein Teil des Wedding, Hohenzollernstraße, Dannebergstr. 35. Beginn 7 Uhr.
2. Bezirk, N. Wedding und Gesundbrunnen, Tegel, Bornhofstraße, Wittenau, Reinickendorf, Schönholz und Forst an der Nordbahn, Reichs-Jagd-Platz, Scharnhauser Platz. Beginn 8 1/2 Uhr.
3. Bezirk, N.O., Schöneberg, Prenzlauer Allee, Roberlschönhauser, Prenzlauer Allee, Weissenhof, Ruschewitzstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Beginn 8 1/2 Uhr.
4. Bezirk, D., Lohndorfer Allee, Frankfurter Allee, Lichtenberg, Strauß-Rummelberg, Kreuzerstraße, Große Frankfurter Str. 117. Beginn 6 1/2 Uhr.
5. Bezirk, S.O., Kottbuscher Tor, Görlicher Bahnhof, Treptow, Deutscher See, Ludowiker Str. 15. Beginn 8 1/2 Uhr.
6. Bezirk, S. und S.W., Goltzesches Tor, Tempelhofer, Rindfleischplatz, Bahnhofsbräuererei (fr. Brauereiarbeiter), Fideicommisstr. 2/3. Kleiner Saal. Beginn 7 Uhr.
7. Bezirk, W., Wollen, Schöneberg, Wilmersdorf, Friedenau, Steglitz, Schmargendorf, Richterfelde, Lindenpark, Schöneberg, Soufflerstr. 12. Beginn 7 Uhr.
8. Bezirk, Neutölln, Belg., Karligarten, Karligartenstr. 6/10. Beginn 7 Uhr.
9. Bezirk, Charlottenburg, Spandau, Volkshaus, Charlottenburg, Rohnenstr. 3. Beginn 7 Uhr.
10. Bezirk, Köpenick und in der Nähe liegende Bezirke, Refugium zum Stadipark, Köpenick, Bahnhofsstr. 1. Beginn 7 1/2 Uhr.
- Nacharbeiter, Sonntag, 14. September, nachmittags 10 Uhr, Berliner Clubhaus, Ohmstraße 3. Die Versammlungen beginnen pünktlich. Um zeitliches und vollständiges Erscheinen ersucht Der Gewerkschaftsrat.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband**

Verbandsfunktionäre! Betriebsvertrauensleute, Branchenleiter, Delegierte zur Deutschen Generalversammlung usw.

Am Donnerstag, den 11. September 1919, abends 7 Uhr, im Saal IV Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15

**Allgemeine Funktionär-Versammlung.**

- Tagesordnung:**
- Berichterstattung von der Verbandsgeneralversammlung in Stuttgart.
  - Beifrieden.
- Mitteilbuch und Delegationskarte ist gleichfalls Kontrolle und Mitbringer vorzubringen. Die Bezirksverwaltung, S. 2, C. G. C. C. C. C. C. C.

**Freireligiöse Gemeinde.**

Am Sonntag, den 14. September, nachmittags 3 Uhr, im Festsaal des Berliner Stadthauses, Klosterstr., Ecke Stralauer Straße.

**Öffentliche Versammlung.**

Thema: Warum und wie trennen wir Staat und Kirche. Referent: Adolph Hoffmann. Nach dem Vortrag Diskussion. Eintritt frei! 20 Pf. Der Entworfer H. Dornahl.

Großer zweirädriger Handwagen mit Patentachse großes, gutgehendes Modell, billig zu verkaufen. Ziegel, verkauft sofort! L. U. G. N. Greifenberger Straße 13, Organkirchenplatz 13 L.

**Arbeitslose! Groß-Berlin!**

**Arbeitslosen-Versammlungen**

Am Freitag, den 12. September, nachmittags 2 Uhr, finden in Berlin und allen Vororten für Berlin in folgenden Lokalen: Stadttheater Moabit, NW, Alt-Moabit 47-48, Fabrikstr. 57, Fideicommisstr. 142, Königsplatz, Große Frankfurter Straße, Gewerkschaftshaus, Engelauer 15. Außerdem eine Versammlung der Arbeitslosen Jugend für Groß-Berlin in den Ruffen, Kaiser-Wilhelm-Str., 31.

**Strahnenhändler u. Händlerinnen.**

Am Donnerstag, den 11. September, abends 8 Uhr, finden in den Berliner Vereinen- und Kongresssälen (früher Kaminplatz), Rembrandtstraße 16/17, eine große öffentliche

**Protestversammlung**

Zur Straßenhandel und die Kontrolle des Oeffen Volksgelbes, Deutscher Händlerverband, Vertrauensleute Berlin.

**Zweiter Kreis U. S. P. D.**

Freitag, den 12. d. Mts., abds. 7 1/2 Uhr, in der Schulanstalt Wittenbader Str. 34.

**Verfammlung.**

Tagesordnung: 1. Bericht einer eigenen Zeitungspublizistik für den 2. Teil. 2. Beschlüsse für die Wahl bei Speltern.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Betriebsstelle Berlin N. 54, Lindenstraße 83/85. Besatzzeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Ami Nordens 185, 1299, 1987, 9714.

**Berfammlung**

Achtung! Arbeiter! Achtung! Sonntag, den 13. September 1919, nachm. 2 1/2 Uhr: im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (großer Saal).

Schokolade rebr. Kaffees und Rauchtobak eingetroffen. F. P. A. Kaufmann, S 14, Wallstraße 35 Mpl. 14508 9.

Botenfrauen für Südende gesucht! Berane, Steinitz, Kaminstr. 11

**Ankauf von Zahngebissen**

J. Weinstock O. M. & H. Mohrenstraße 16 Alexandersstraße 14a (alte Janowitzstraße) Charlottenburg, Stuttgarter Platz 8

**Ankauf von Brillanten**

J. Weinstock O. M. & H. Berlin W. Mohrenstraße 16 am U-Bahnhof Friedrichstraße

**Platin, Gold, Silber**

J. Weinstock O. M. & H. Mohrenstraße 16 Alexandersstraße 14a (alte Janowitzstraße) Charlottenburg, Stuttgarter Platz 8

**Dän. Kautabak.**

Billigste Bezugsquelle für Restaurant- und Wiederverkäufer. Jeder Posten liefertbar. Krämer, NW 57, Reuchlinstraße 6, Telefon Moabit 1934.

**Einzelverkauf**

Leinhaus, Friedrichstr. 2 (Beilsteinplatz). Preiswerte Angebote von Pelzkragen, Mäffen, Gelpelzen, Sportpelzen, Heringsgarderobe, Goldwaren, Bekleidung und Ankauf.

**Zentralverband der Handlungsgehilfen**

Ceutralgruppe Groß-Berlin, Ringstraße 20.

**Mitglieder-Versammlung**

für die Angestellten der Groß-Berliner Kriegsorganisationen am Freitag, den 12. September, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Restaurant „Nationalhof“, Säulenstraße 87.

Mitglieder, Gürtler, Ziseleure, Klempner und Kupferschmiede, Bau-, Kunst- und Maschinenschlosser, Dreher und Werkzeugmacher, Modell- und Möbeltischler zum Bau von landwirtschaftlichen Maschinen, Haus- und Wirtschaftsmaschinen, Holz- und Eisenmöbel, Werkzeugen und Werkzeugmaschinen usw. Bedingung ist, daß jeder Arbeitnehmende Genosse der Genossenschaft wird. Es wird gebeten, die Meldungen sogleich einzureichen an die Produktiv-Genossenchaft für Metall- und Holzberufung Groß-Berlin e. G. u. m. b. H., zu Händen des Vorstandsvorsitzenden A. Ritzke, Berlin W 18, Pariser Str. 31.